

## Swisspor plant weiteres Werk

**CHÂTEL-ST-DENIS/ZUG** sda. Der Dämmstoffhersteller Swisspor plant im freiburgischen Châtel-St-Denis für rund 50 Millionen Franken ein zweites Werk. In einer ersten Phase sollen rund 25 Stellen geschaffen werden. Das bestehende Werk «Châtel I» wurde im August 2010 in Betrieb genommen, nach 18 Monaten Bauzeit. Nun will Swisspor auch «Châtel II» in Angriff nehmen, wie eine Unternehmenssprecherin in der vergangenen Woche eine Meldung der Zeitung «La Liberté» auf Anfrage bestätigte. Die Zuger Swisspor-Gruppe betreibt an die 25 Standorte in der Schweiz und in mehreren anderen europäischen Ländern. Sie beschäftigt rund 3000 Personen, davon 96 in Châtel-St-Denis.

## Proteste gegen Walmart-Löhne

**USA** sda. Die weltgrösste Einzelhandelskette Walmart ist in den USA am besonders umsatzstarken «Schwarzen Freitag» nach Thanksgiving von Streiks und Protesten gegen die Arbeitsbedingungen betroffen gewesen. Mit den Protesten seien ein vernünftiges Gehalt, bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Respekt für die Angestellten gefordert worden, teilte die Vorsitzende der Gewerkschaft Seiu, Mary Kay Henry, mit. Sie wertete den Protesttag als Erfolg.

### Rekorderlöse am Black Friday

Vor den Filialen der Kette im ganzen Land versammelten sich Hunderte Demonstranten. Nach Walmart-Angaben beteiligten sich aber nur wenige der Angestellten an den insgesamt «nur 26 Protestaktionen». Zudem habe der Konzern an dem Tag, an dem US-Geschäfte traditionell mit grossen Rabatten Massen von Käufern anziehen, Rekorderlöse erzielt. Kritiker hingegen warfen dem Konzern vor, dass die Beschäftigten sich aus Angst um ihren Arbeitsplatz nicht zu beteiligen wagten.

Walmart beschäftigt in den USA rund 1,3 Millionen nicht gewerkschaftlich organisierte Angestellte. Kritiker schätzen den Durchschnittslohn der Beschäftigten auf 8,81 Dollar, während das Unternehmen ihn mit etwa 13 Dollar angibt.

Der «Schwarze Freitag» gibt in den USA den Startschuss für das Weihnachtsgeschäft. Vergangene Woche hatte das Unternehmen eine Beschwerde gegen die Proteste bei der US-Arbeitsbehörde eingereicht.

# Finma pocht auf Unabhängigkeit

**FINANZPLATZ** Die Aufsichtsbehörde hat ihre Ziele bis 2016 festgelegt. Darin grenzt sie sich deutlich von den Banken ab. Die Finanzbranche ist darüber wenig erfreut.

BALZ BRUPPACHER  
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Die UBS dürfte von der britischen Finanzmarktaufsicht FSA demnächst eine saftige Busse kassieren (siehe Box). Es geht um die Untersuchung im Fall Kweku Adoboli – dem UBS-Händler, der letzte Woche in London zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma, die das Verfahren über den 2,3-Milliarden-Dollar-Verlust gemeinsam mit der FSA durchführte, wird es wohl bei Auflagen an die UBS bei der internen Kontrolle und Überwachung belassen. Denn Bussen kann sie im Unterschied zu ihren britischen Kollegen nicht verhängen.

### Zu wenig Biss?

Das wollte die Politik so. Als die Finma-Vorgängerbehörde im Jahre 2003 die Einführung von Bussen von bis zu 50 Millionen Franken vorschlug, wurde der Bericht in der Luft zerrissen. Es war die Zeit der Klagen über die Regulierungsflut. Und die Zeit, als das Gewinnkarussell der Banken in Schwung kam. Zu wenig Biss oder zu schwache Zähne?

Der Fall verdeutlicht das Dilemma der Schweizer Finanzmarktaufsicht. Zuerst stattet man sie mit bescheidenen Zähnen aus. Kommt es zu Unfällen und Fehlentwicklungen, wird den Aufsehern aber schnell Beisshemmung vorgeworfen. So schob der frühere UBS-Chef Oswald Grubel nach der Finanzkrise den Schwarzen Peter der Eidgenössischen Bankkommission zu und sagte: «Eine Bankenaufsicht ist letztlich dazu da, genau solche Katastrophen zu verhindern, wie sie bei den Schweizer Grossbanken passiert sind.»

### Der Stich ins Wespennetz

Solche Kontroversen spiegeln sich auch in den neuen strategischen Zielen der Finma. Zum Beispiel bei den Erläuterungen zum gesetzlich verankerten Ziel, dass die Finma neben dem Schutz von Gläubigern und Kunden auch einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Ansehen des Finanzplatzes zu leisten hat. Finma-Direktor Patrick Raaflaub hatte im letzten Frühling in ein Wespennetz gestochen, als er schilderte, was dieser Auftrag aus seiner Sicht nicht bedeutet: «Unsere Aufgabe ist es nicht, Finanzplatzpolitik zu gestalten»,



Finma-Direktor Patrick Raaflaub will die Eigenständigkeit der Aufsichtsbehörde stärken.  
EQ/Manu Friederich

sagte er und fügte hinzu: «Unsere Aufgabe ist es auch nicht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu fördern.» Proteste der Branche und von Politikern, die dem Finanzplatz nahe stehen, folgten auf dem Fuss.

In den strategischen Zielen wird nun präzisiert: «Mit einer professionellen und glaubwürdigen Aufsichtstätigkeit trägt die Finma zum Erhalt und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit eines starken Finanzplatzes bei. Ein wirksamer Individualschutz und ein solider Funktionsschutz kommen indirekt auch dem Ruf und dem Ansehen des Finanzplatzes zugute.» Ganz im Sinne der Raaflaub'schen Ausführungen folgt dann aber der Satz: «Die direkte Förderung des Finanz-

platzes ist nicht der Auftrag der Aufsichtsbehörde.» Die Finma hat sich also Rückendeckung beim Bundesrat geholt, dass sie nicht aktiv für den Finanzplatz weibeln muss. Der Bundesrat hat die strategischen Ziele nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern genehmigt.

### «Andere Länder tun deutlich mehr»

Solche Passagen lösen in der Branche nach wie vor Unverständnis aus. Man erinnert sich an Roadshows der Bankiervereinigung auf den wichtigsten internationalen Finanzplätzen in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts, bei denen jeweils auch Spitzenvertreter der Bankkommission und der Nationalbank auftraten. Und man vermisst in den

## UBS droht eine Millionenbusse

**FALL ADOBOLI** red. Der Skandal rund um den zu sieben Jahren Haft verurteilten Ex-UBS-Händler Kweku Adoboli könnte für die Bank ein teures Nachspiel haben. Gemäss einem Bericht der «Financial Times» steht die Grossbank kurz vor einer Einigung mit der FSA, auf die UBS könnte demnach eine Busse von umgerechnet bis zu 60 Millionen Franken zukommen. Das wäre eine der höchsten Strafzahlungen in der Geschichte des britischen Finanzplatzes. Gemäss dem Artikel hat die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht ihre Untersuchungen bereits abgeschlossen. Eine gemeinsame Erklärung der beiden Aufsichtsbehörden könnte bereits in der nächsten Woche erfolgen.

strategischen Zielen der Finma ein klares Bekenntnis zu gemeinsamen Interessen. «Andere Länder mit wichtigen Finanzplätzen tun hier einiges mehr», sagt ein Branchenvertreter und verweist auf Hongkong und Singapur.

Die Finma hält zu ihrer Rolle im Spannungsfeld sich widersprechender Interessen fest: «Sie (Anmerkung der Redaktion: die Finma) lässt sich von den Aufsichtszielen leiten und ist sich stets ihrer Rolle als hoheitliche Aufsichtsbehörde bewusst, die im öffentlichen Interesse tätig ist. Im Gegenzug erwartet die Finma, dass ihre Funktion respektiert und der Dialog sachlich, offen und direkt geführt wird.» Das ist auch eine Antwort auf die teils persönlichen Attacken aus der Finanzbranche gegen den Finma-Direktor.

### Keine flächendeckende Aufsicht

Mit anderen Zielen rennt die Finma bei den Beaufsichtigten hingegen offene Türen ein. Das gilt vor allem für den risikoorientierten und prinzipienbasierten Ansatz der Aufsicht. Das heisst, dass die Finma auf eine flächendeckende Überwachung aller Institute bewusst verzichtet. Und sich auf jene Bereiche konzentriert, in denen die grössten Risiken lauern. Zu den Schwerpunkten in den nächsten vier Jahren gehören weiter der Kundenschutz, die Transparenz und die Integrität. Angesprochen wird auch die Zusammenarbeit mit anderen Behörden. Sie soll «noch effizienter» werden. Wohl auch ein Hinweis auf die Spannungen zwischen Finma und Nationalbank bei den vorbeugenden Massnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität.

## In Frankreich entscheidet sich das Schicksal des Euro



**U**nsere Nachbarland Frankreich – eine Quelle von einst herausragenden Leistungen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht und von teils touristischer Spitzenqualität – steht an einer entscheidenden Weggabelung. In den letzten zehn Jahren haben französische Unternehmen auf dem Weltmarkt rund 40 Prozent Marktanteile verloren. Kaum ein europäisches Land ist so schlecht auf die Globalisierung eingestellt wie Frankreich: Wenn es sich nicht grundlegend erneuert, rutscht es auf die Ebene sündhafter, südeuropäischer Länder herunter und reisst den Euro in den Strudel mit. Was uns Schweizer ziemlich teuer zu stehen kommen wird, wenn wir weiterhin unbegrenzt schwache Euro gegen harte Franken zu einem Fixkurs tauschen.

**Aber wir können gar nicht anders, als abseits zuzuschauen, mitzufiebern und mitzuzittern.** Nur dass es sich nicht um einen 100-Meter-Sprint handelt, auch nicht um ein 90-Minuten-Fussballspiel oder gar um einen echten Triathlon. Vielleicht ist die Meta-

pher einer Raupe angebracht, der das Gehen auf 50 Füssen immer beschwerlicher wird. Ohne Zeitraffer beobachten wir die zunehmende Isolierung, den Bau eines Kokons. Wird sie den harten Winter überstehen und im Frühjahr nach einer Metamorphose zu einem farbenprächtigen Schmetterling ausfliegen?

**Die Krise in Frankreich** ist nicht mit dem Fehlverhalten in der Finanzwelt erklärbar und gewiss nicht auf marode Institute mit hochspekulativen Investment-Bankern zurückzuführen. Es ist

## AUSSICHTEN

vielmehr vor langem schon eine Art des Lebens entstanden, in dem der Staat zu viel versprochen und dabei die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen, Investitionen und Einsparungen verloren hat. Die Ratingagentur Moody's hat die Beurteilungsnoten für langfristige Schulden in dieser Woche herabgesetzt. Weil Frankreich arm an Reformwillen über Jahrzehnte (!) über die Verhältnisse gelebt hat. Zwischendurch sind, um kritische Stimmen zu besänftigen, zwar wiederholt Reformverspre-

chungen gemacht worden, nur um sie einige Monate später wieder zu schubladisieren.

**Was sich aus Deutschland** lernen lässt, ist, dass wohl nur eine linksgerichtete Regierung einen tief greifenden Reformprozess einleiten kann. Die Mehrheit der Wenigverdiener und Geringqualifizierten muss mit Einfühlungsvermögen auf einen Weg eingestimmt werden, bei dem man an die Wahrheit und deren Konsequenzen herangeführt wird. Das sollte man erfahrungsgemäss gleich zu Beginn der ersten Legislaturperiode tun, um noch die Ernte des Prozesses einzufahren. Der deutsche Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder hingegen hatte bereits zu viel Zeit bis zur Ankündigung der «Agenda 2010» im März 2003 verloren. Angela Merkel sonnt sich noch heute im Erfolg der von Sozialdemokraten eingeleiteten Metamorphose.

**Der Sozialist** François Hollande hat seit seiner Wahl einiges gut gemacht. Nach einer zunächst klassenkämpferischen Rhetorik ist der pragmatische Reformweg aufgegleist worden. Die Lage in Frankreich ist mittlerweile dramatischer, als es das verwöhnte Volk selbst wahrhaben will. Er legt grossen Wert auf eine Einigung der Sozialpartner, auch wenn er die einst «heilige»

35-Stunden-Woche bald «vorübergehend» sistieren dürfte. Er wird aber nicht nur den Arbeitsmarkt reformieren, der für die hohe Jugendarbeitslosigkeit und tiefe Beschäftigungsquote mitverantwortlich ist, sondern auch die Verwaltung verschlanken und die industriellen Grundlagen wieder verbessern.

**Er wird vermitteln.** Er benötigt seinen Freund Louis Gallois, der als ehemaliger Chef des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS eine Schocktherapie für Frankreich gefordert hat, genauso wie seine gewerkschaftlichen Verbindungen. Ich bin zuversichtlich, dass er zehn Jahre nach Schröder, im Frühjahr 2013, sinngemäss eine «Agenda 2020» ausrufen und umsetzen wird. Damit die gesamte Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs nach einigen Jahren der Reifung so schmeckt wie ein feiner «Grand Cru». Und somit Frankreich dereinst wieder die zentrale Rolle auf Europas Kontinent einnimmt, die es während Jahrhunderten gehabt und verdient hat: Vive la France, la Grande Nation!

MAURICE PEDERGNANA

### HINWEIS

► Maurice Pedergnana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ. ◀